

Neustadt-
Dresden,
Markt, Nr. 2,
in der Ver-
lags-Expedi-
tion zu haben.

Sächsische Dorfzeitung.

Preis für
das Vierteljahr
124 Ngr. Zu
beziehen durch
alle Post-An-
stalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur: Friedrich Walther.

Verlag von Heinrich und Walther.

Politische Weltschau.

Deutschland. Aus Frankfurt a. M. wird versichert, daß die Centralgewalt schon früher wiederholt preussische militärische Hülfe beansprucht habe, um die Bewegung in Süddeutschland innerhalb der Schranken zu halten, über die sie nun hinausgegangen ist. Preußen hat aber diesem Gesuche nicht entsprochen, und es wird der ohnehin in der deutschen Angelegenheit vielfach und gerechterweise angegriffenen preussischen Politik ziemlich deutlich der Vorwurf gemacht, sie habe es absichtlich darauf angefangen, die gegenwärtigen Zustände unbehindert herbeikommen zu lassen. Im Uebrigen scheint sich die Spannung zwischen dem Reichsverweser und der preussischen Krone in den letzten Tagen gemildert zu haben. Man hat gegenseitig Noten gewechselt, und es soll sich nun ergeben haben, daß die Meinung, als wolle Preußen den Reichsverweser von der Centralgewalt verdrängen, auf einem „Missverständnisse“ beruhe. Die Missverständnisse spielen überhaupt eine große Rolle in unserer Zeit. Die Zeitungsangabe, als habe der Reichsverweser Frankfurt verlassen, hat sich nicht bestätigt; er hat vielmehr von dort unterm 10. Juni eine Ansprache an das badische Volk erlassen. — Eine Anzahl der nicht mit nach Stuttgart gegangenen Reichstagsabgeordneten, Herr v. Sagern an der Spitze, wird sich den 26. Juni in Gotha versammeln, um sich über die deutschen Angelegenheiten zu berathen und aus dem Schiffbruche zu retten, was etwa noch zu retten ist.

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und der Herzog von Anhalt-Bernburg, welche sich früher für die deutsche Reichsverfassung aussprachen, haben sich jetzt bereit, ihren Beitritt zu der von den drei königlichen Regierungen vorgelegten Verfassung zu erklären. Auch der Großherzog von Baden soll sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen haben, doch liegt hierüber eine amtliche Mittheilung noch nicht vor. Mehrere andere von den kleineren Regierungen scheinen denselben Weg betreten zu wollen, haben aber mindestens die ständische Einwilligung hierzu als Bedingung aufgestellt.

Aus der bairischen Pfalz bringt uns die letzte Woche wenig Neues von Wichtigkeit; die Bewegung scheint ihre Kräfte mehr in Baden zu entwickeln, doch werden die nächsten Tage schon zu entscheidenden Schritten führen, da zahlreiche Truppenmassen bereits im Anzuge sind. In Speyer hatte sich der Gemeinderath geweigert, die Beschlüsse der provisorischen Regierung auszuführen; letztere betrachtete dies als einen Act „offener Rebellion“ und ordnete eine Neuwahl jener Behörde an; die Bürger wählten aber fast alle früheren Mitglieder wieder. Ueberhaupt geht aus den öffentlichen Erlassen hervor, daß die provisorische Regierung mit ihren Verfügungen im Volke auf vielfachen Widerstand stößt.

Im Großherzogthum Baden hat die provisorische Regierung das ganze Land in Belagerungszustand erklärt, da auch hier die neuen Machthaber der Gewalt bedürfen, um ihren Anordnungen Geltung zu verschaffen. Auch ist der Kriegsminister ermächtigt worden, wenn er es für geeignet hält, das Standrecht zu publiciren; letzteres ist auch

bereits geschehen, und eine besonders hierzu ernannte „Standrechtscommission“ hat das Nöthige zu leiten. Die provisorische Regierung beklagt sich, daß man ihr die Steuern verweigert und der Aushebung von Wehrmannschaften mit Gewalt entgegentritt. Namentlich weigern sich die Landleute, die jungen Mannschaften zum Kampfe zu stellen, da dadurch die Feldarbeiten völlig unterbrochen werden. Es werden deshalb Executionstruppen auf die Dörfer geschickt, um die Bauern mit Gewalt zum Gehorsam zu zwingen; diese wehren sich aber ihrer Haut, und so ist es an mehreren Orten zu blutigen Excessen gekommen. Die Geldnoth steigt mit jedem Tage höher, und die provisorische Regierung hat deshalb beschlossen, die Gehalte und Pensionen der Beamten u. nur zu drei Vierteln und zu zwei Dritteln auszuzahlen, während die Hochbesoldeten vorläufig ganz ohne Gehalt bleiben sollen, die Nachzahlung bleibt besser Zeiten vorbehalten. Im Uebrigen wird in einer Weise zu „freiwilligen“ Selbbeiträgen aufgefordert, welche deutlich genug zeigt, daß man nöthigen Falls zur Gewalt geneigt ist, um das Erforderliche zu nehmen, wo man es eben findet. Bemerkenswerth ist es, daß im Saekreise, wo Struve den letzten Aufstand organisirte, und wo man sonst gern zu einem Putsche geneigt war, jetzt wenig oder gar keine Sympathie für die Revolution zu finden ist. Die Leute sind durch Schaden klug geworden; sie weigern sich, der provisorischen Regierung zu folgen und sagen, der Großherzog sei gut, nur seine Minister hätten mitunter nicht viel getaugt und dem Lande zu viel Steuern aufgelegt; aber die jetzigen wären noch viel schlimmer, denn jetzt werde man unter dem Aushängeschild „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ geplündert und bestohlen u. Die schönsten Reden gegen diese für die Regierung eben nicht schmeichelhafte Auffassungsweise blieben ohne Erfolg, und die Leute gingen wieder an ihre Arbeit, während die zur Volksbewaffnung abgehenden Commissare unverrichteter Sache nach Karlsruhe zurückkehrten. — Die Wahlen zur constituirenden Versammlung für Baden sind meist alle im Sinne der provisorischen Regierung ausgefallen; am 10. Juni sollte die feierliche Eröffnung jener Versammlung stattfinden. — In der Nähe von Weinheim hat am 5. Juni ein Gefecht zwischen hessischem Militär und badischen Freischaren stattgefunden, bei welchem es mehre Tode gab; die Freischaren zogen sich nach Dossbach zurück, die Hessen besetzten Weinheim; sie haben aber diese Stadt, nachdem sie dort übergehaust, wieder verlassen. Am 10. Juni haben die bei Frankfurt vereinigten Truppen ihre Stellung verlassen, um nach der hessisch-badischen Gränze vorzurücken; am 12. Juni soll der Angriff beginnen. — In Karlsruhe ist es am 6. Juni zu einem ernstlichen Conflict im eigenen Lager der jetzigen Machthaber gekommen. Brentano (Mitglied der provisorischen Regierung) wollte die deutsch-schweizerische Legion aus Karlsruhe entfernt wissen, weil er fürchtete, sie würde sich von dem durch Struve, Tschirner und Genossen gebildeten „Club des entschiedenen Fortschritts“ zur Proclamation der rothen Republik hinreißen lassen. Die Legion weigerte sich aber zu marschiren, und Brentano ließ